

Symposium „Topische Lichtschutzmittel – Fakten und Trends“
Vortragssitzung II

Aktuelle Studiendaten zum Auftragsverhalten von Sonnenschutzmitteln durch den Verbraucher

Dr. med. Alexander Zink

*Klinik und Poliklinik für Dermatologie und Allergologie am Biederstein
Technische Universität München*

Hautkrebs ist die häufigste maligne Erkrankung in Deutschland und stellt neben dem signifikanten Gesundheitsproblem für Betroffene eine enorme gesundheitsökonomische Belastung für das Gesundheitssystem dar.

Hauptrisikofaktor für die Entstehung von weißem bzw. hellem Hautkrebs (Non-Melanoma Skin Cancer, NMSC) ist die UV-Strahlung der Sonne. Entsprechend haben Menschen in Außenberufen ein stark erhöhtes Risiko für hellen Hautkrebs, was in Deutschland zur Anerkennung von hellem Hautkrebs als Berufskrankheit im Jahre 2015 führte.

Entscheidend für die Prognose von hellem Hautkrebs ist die jeweilige Früherkennung und rechtzeitige medizinische Behandlung. Gleichzeitig können primäre und sekundäre Präventionsmaßnahmen, im Gegensatz zu den meisten anderen Krebserkrankungen, bei Hautkrebs ohne großen technischen Aufwand und größtenteils vom Patienten selbst durchgeführt werden.

Von besonderer Relevanz ist dabei die Primärprävention, bei der von der medizinischen Fachwelt, öffentlichen und gesundheitspolitischen Einrichtungen sowie Krankenkassen unisono Maßnahmen wie zum Beispiel das Tragen einer Kopfbedeckung, Meiden der Sonne zur Mittagszeit und das regelmäßige Verwenden von Sonnenschutzmitteln postuliert wird.

Gerade von Hochrisikogruppen, wie Landwirten oder Bergführern, werden diese Maßnahmen jedoch bis heute kaum im Alltag umgesetzt. So konnten epidemiologische Studien zeigen, dass nur ein Bruchteil der untersuchten Außenberufsgruppen das gesetzliche Hautkrebscreening auch tatsächlich in Anspruch nimmt, kaum Sonnenschutzmaßnahmen verwendet werden und das Wissen zu Hautkrebs und UV-Strahlung unverändert gering ist. Zielgruppenorientierte Aufklärungs- und Präventionsstrategien sind nach wie vor zwingend erforderlich und sollten in enger Zusammenarbeit mit Berufsgruppenvertretern realisiert werden.

